

Zürich, 1. April 1996

KR-Nr. 89/1996

POSTULAT von Dr. Ueli Mägli (SP, Zürich) und Mitunterzeichnende

betreffend Umfrage über die Bereitschaft von Unternehmen, Lehrstellen anzubieten

Der Regierungsrat wird gebeten, eine Umfrage bei Unternehmen durchzuführen, von welchen Rahmenbedingungen ihr Angebot an Ausbildungsplätzen (Lehr- und Anlehrstellen) im Kanton Zürich abhängt. Dabei sollte ein repräsentativer Querschnitt von Unternehmen nach Grösse und Wirtschaftsbranchen (Handwerk, Industrie und Dienstleistungen) erfasst werden. Die Umfrage soll als Grundlage für eine Analyse und ein Bündel von Massnahmenvorschlägen dienen, wie die Rahmenbedingungen für die Schaffung von genügend qualitativ guten Ausbildungsplätzen verbessert werden können.

Dr. Ueli Mägli
Hanspeter Amstutz
Benedikt Gschwind
Susanna Rusca Speck
Peter Vonlanthen

Begründung:

Mit verschiedenen Massnahmen wie Berufsmatur und Fachhochschulen soll die Attraktivität der Berufslehre gesteigert werden, um den Trend der Jugendlichen zu den Mittelschulen abzuschwächen. Diese Bemühungen sind aber nur dann erfolgreich, wenn genügend Ausbildungsplätze, auch in technologisch fortschrittlichen Branchen, angeboten werden. Der wachsenden Anzahl von Schulabgänger/-innen steht aber im Gegenteil ein sinkendes Angebot an Lehrstellen gegenüber.

Jüngste Umfrage bei Unternehmensführungen haben ergeben, dass sie die Verfügbarkeit von gut qualifizierten Arbeitskräften als wichtigsten Standortvorteil in der Schweiz ansehen. Gleichzeitig beklagen sich eine bedeutende Anzahl von Betrieben über einen Mangel an gelernten und angelernten Arbeitskräften. Diese Lücke lässt sich auch mit der abnehmenden Bereitschaft von Unternehmen, selber Ausbildungsplätze anzubieten, erklären. Es ist deshalb aus volkswirtschaftlicher Sicht von Bedeutung, den Gründen nachzugehen, weshalb Betriebe weniger Lehr- und Anlehrstellen anbieten. Auf diese Weise liesse sich auch ermitteln, wie die Rahmenbedingungen zur Schaffung eines genügenden Angebotes an Ausbildungsplätzen, welches sowohl die Bedürfnisse der Gesellschaft als auch der Wirtschaft befriedigt, geändert werden sollten.

Mögliche Massnahmen zur mittel- und langfristigen Verbesserung der Situation sind z.B. bei der Berufswahl, der schulischen Berufsaus- und Weiterbildung oder der Einführung von öffentlich-rechtlichen Anreizen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen denkbar.